Stand: 16.12.2025 10:50:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6453

"Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6453 vom 07.05.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6512 vom 07.05.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 07.05.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.05.2015 **Drucksache 17/6453**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die beabsichtigte Änderung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) bezüglich der Zentralen Orte zum Anlass zu nehmen für einen breit aufgestellten Bürger-, Experten-, Kommunal- und Verbändedialog als Grundlage für die Bewältigung der Herausforderungen Bayerns in den nächsten Jahrzehnten.

Dieses Dialogverfahren soll eventuellen Änderungen des LEP vorgeschaltet werden und folgende kennzeichnende Überschriften umfassen:

Gesamtgesellschaftliche Beteiligung, Nutzung aller Kompetenzen, Transparenz und klare Priorisierungen konkurrierender Staatsziele.

Die Dialogforen, die jeweils auf Bezirksebene stattfinden sollen, müssen folgende Themen abhandeln:

a) Starke Wirtschaftsregionen: Welche Standortanforderungen und Standortqualitäten sowie Ansiedlungsanreize sind für starke Wirtschaftsregionen erforderlich?

b) Klimagerechte Regionen: Wie sind die Raumnutzungskonkurrenzen im Zuge der Energiewende zu lösen? Wie lassen sich die CO_2-Einsparziele erreichen?

c) Flächennutzung: Wie lassen sich der Flächenverbrauch vermeiden, die Innenentwicklung stärken und die Entwicklungspotenziale kleiner Orte ausschöpfen?

d) Lebensqualität und Versorgung überall in Bayern: Welche Rolle übernehmen die Zentralen Orte als Entwicklungsmotoren der Regionen? Wie müssen sie dafür ausgestattet werden?

e) Nachhaltiges Bayern: Wie ist das Spannungsfeld von Naturschutz, Naherholung, Tourismus und Siedlungsentwicklung zu lösen?

f) Demografiefestes Bayern: Welche veränderten Anforderungen an die Infrastruktur entstehen durch die alternde Bevölkerung?

Erst nach diesen Dialogforen soll ein geändertes LEP dem Landtag vorgelegt werden.

Begründung:

Das in der letzten Legislaturperiode verabschiedete LEP wurde von allen Seiten als unvollständig, nicht zielführend und generell verbesserungswürdig betrachtet, da es ohne ausreichende Beteiligung der Bevölkerung und Experten entstanden ist. Anstatt jetzt, wie von Finanzminister Dr. Söder geplant, die Beteiligungsrechte noch weiter einzuschränken und nur an einzelnen Punkten kleine Änderungen zu machen, sollte der Sinn und Zweck eines LEP als raumordnerische und gestalterische Vision des zukünftigen Bayerns ernst genommen und die Bürgerbeteiligung endlich in die Tat umgesetzt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.05.2015 **Drucksache** 17/**6512**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**6453**

Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Annette Karl
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Walter Nussel
Abg. Alexander Muthmann
Staatssekretär Albert Füracker

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökologisches Landesentwicklungsprogramm für Bayern auf den Weg bringen (Drs. 17/6435)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)
Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden (Drs. 17/6453)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Ich bitte den ersten Redner, Herrn Kollegen Stümpfig, an das Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In über 1.800 Städten und Gemeinden in Bayern gibt es unbebaute Gewerbeflächen. Das sind mehr als 4.000 Gewerbeflächen und fast 10.000 Hektar ansiedlungsbereite unbebaute Flächen. Das sind die Gewerbeflächen, die in Bayern zur Verfügung stehen. Die Unternehmen können aus einem Blumenstrauß an Gewerbegebieten wählen. Für die Firmen sind durchaus Vorteile vorhanden. Die Kommunen profitieren jedoch selten von den Gewerbeflächen. Oftmals stellen diese einen Nachteil dar. Das enorme Angebot an Gewerbeflächen senkt den Preis. Bei uns in Westmittelfranken liegt er mittlerweile bei 30 Euro/m^2. Das ist ein sehr niedriger Preis. Investitionen, die die Gemeinden in der Vergangenheit getätigt haben, werden sich in vielen Fällen nicht auszahlen. Das Kapital war nicht nur über viele Jahre gebunden, sondern es fehlt über viele Jahre. Man weiß nicht, ob es sich einmal auszahlt.

Gleichzeitig steigt der Flächenverbrauch in Bayern. Wir sind, wie Ihnen allen bekannt ist, mit 18 Hektar pro Tag Spitzenreiter beim Flächenverbrauch. Beste Böden ver-

schwinden unter dem Asphalt. Ich zitiere den Bayerischen Bauernverband recht selten. Aber an dieser Stelle zitiere ich ihn mit Fug und Recht: Allein in Bayern sind seit 1970 mehr als eine halbe Million Hektar der Landwirtschaft entzogen worden. Die Flächenfraßuhr tickt weiter, wie Vorstandssprecher Markus Peters betont. Die Pachtpreise sind laut der McKinsey-Studie seit 1970 um 190 % gestiegen. Und was passiert jetzt? Wie reagiert unser oberster Landesplaner Minister Söder? - Man sollte meinen, er versucht den Flächenverbrauch durch eine kluge Landesplanung zu begrenzen, die Innenentwicklung voranzutreiben und freie Gewerbegebiete sowie leerstehende Gebäude über ein Leerstandsmanagement zu vermarkten. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist weit gefehlt. Unser Minister Söder lockert das ohnehin lasche Landesentwicklungsprogramm noch weiter. Derzeit ist es bereits unwirksam und ineffektiv. Das durchlöcherte Landesentwicklungsprogramm ist es noch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines kann ich bereits vorwegnehmen: Dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion stimmen wir zu. Mit diesem wird nochmals betont, dass das derzeitige Landesentwicklungsprogramm nicht zielführend ist.

Das Anbindegebot soll nun fallen. Die Eckpunkte sind zum Teil bekannt. Gewerbegebiete dürfen direkt an den Autobahnausfahrten und an vierspurigen Bundesstraßen gebaut werden. Für Unternehmen sind das zweifelsfrei interessante Standorte. Das ist in meiner Region auch der Fall. Direkt an der Autobahn und an gut befahrenen Straßen ist eine Firmenansiedlung sehr attraktiv. Es besteht eine gute Sichtbarkeit. Damit werden wir jedoch Westernstädte erhalten. Wir werden einen Abzug aus bestehenden alten Flächen verzeichnen. Die Firmen werden sich hin zu den neuen Gewerbeflächen verlagern. Damit entstehen eben keine neuen Arbeitsplätze. In die Röhre schauen dann wieder einmal die Gemeinden. Die Bürgermeisterkonkurrenz, die wir oft als Kannibalisierung der Gemeinden untereinander bezeichnen, wird noch weiter verstärkt. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben.

Für den Tourismus sind ebenfalls Lockerungen geplant, die genau in die falsche Richtung gehen. Durch diese Lockerungen, die die Entstehung von Wellnesshochburgen im Außenbereich, von Skianlagen und Golfplätzen fördern, werden wir unser Bayern eben nicht schöner machen. Das kann nicht das Ziel für unsere Freizeitregionen und unsere Alpendörfer sein. Für diese brauchen wir andere Konzepte, wie beispielsweise die Bergsteigerdörfer. Mit dieser Initiative zeigt der Alpenverein, wie es geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Motto lautet: Anregung ohne Hektik, Belebtheit ohne Lärm, Genuss auf hohem Niveau und Bewegung aus eigener Kraft. So kann es gehen. Herr Söder, wenn Sie es nicht aus eigener Kraft schaffen, helfen wir gerne nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Landauf, landab stehen die Bürger auf gegen eine Betonierung der Heimat. Das ist nicht nur in meiner Region der Fall, die sich gegen das Projekt "InterFranken" gewendet hat. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat das Projekt umfassend abgelehnt. In meinem Landkreis Ansbach, aber auch in Schwaben, zum Beispiel in Röthenbach im Landkreis Lindau, sowie in Langenbach im Landkreis Freising stehen die Menschen auf und wehren sich gegen den Ausverkauf ihrer Heimat und gegen die Zersiedelung. Sie wollen keine amerikanischen Verhältnisse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es verlogen, auf jedes Wahlplakat den Schutz der Heimat zu drucken. Unser sogenannter Heimatminister, Herr Söder, tut das sehr gern. Man sollte nicht Tag für Tag den Schutz der Heimat auf Wahlplakate drucken, um dann doch wieder Tag für Tag Entscheidungen zu treffen, die genau den Verlust dieser Heimat zementieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb plädieren wir für ein ökologisches Landesentwicklungsprogramm. Wir brauchen einen effektiven Bodenschutz. Wir brauchen effektive Maßnahmen gegen den Flächenverbrauch. Wir brauchen eine nachhaltige Ortsentwicklung. Wir brauchen eine Innenentwicklung mit lebendigen Innenstädten anstatt Logistikzentren und Konsumtempel auf der großen Wiese. Wir wollen die zentralen Orte sinnvoll ausbauen, damit der ländliche Raum wirklich davon profitiert. Wir wollen einen zukunftssicheren, sanften und angepassten Tourismus. Das muss ein LEP leisten, und so muss es umgestaltet werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Frau Kollegin Karl zum Rednerpult.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gezielte Landesentwicklung ist in den Siebzigerjahren aus dem Ansatz heraus entstanden, Entwicklung nicht dem Zufall oder dem Markt zu überlassen, sondern gezielt zu steuern. Sicher hat man damals die Möglichkeiten dessen, was Planung leisten kann, etwas überschätzt. Ich denke jedoch, wir sind uns alle einig, dass die erfolgreiche Entwicklung Bayerns zu einem Top-Wirtschaftsstandort nicht zufällig geschehen ist, sondern dass sehr viel Steuerung und Planung erfolgt ist.Das Landesentwicklungsprogramm ist für die Landesentwicklung so etwas wie eine räumliche und gestalterische Vision für Bayern. Es regelt zum einen, wie man mit den Konflikten um die endliche Ressource Raum umgeht. Das Landesentwicklungsprogramm zieht dafür Leitplanken ein, innerhalb derer sich die Kommunen bewegen. Diese Leitplanken müssen auf der einen Seite so eng gestaltet sein, dass wir keinen Wildwuchs und keine Zubetonierung unserer Heimat haben, zum anderen müssen sie aber so weit gesteckt sein, dass die Kommunen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht behindert werden.

Das Landesentwicklungsprogramm soll aber auch die Grundlage für die Bewältigung der Herausforderungen Bayerns in der Zukunft sein. Davon gibt es zahlreiche. Wie

halten wir zum Beispiel den Wirtschaftsstandort Bayern an der Spitze? Wie entwickeln wir Bayern gerade auch im Zuge der Energiewende klimagerecht? Wie können wir Bayern nachhaltig entwickeln? Wie können wir die Lebensqualität für alle überall sicherstellen? Eine ganz wichtige Frage ist: Wie gehen wir damit um, dass die Bevölkerung immer älter und geringer wird? Alle diese Fragen müssen in einem Landesentwicklungsprogramm enthalten sein.

Der Antrag der GRÜNEN ist uns aufgrund der vielen Punkte, die ich erwähnt habe, zu verengt. Er greift nicht alles auf, was wichtig ist, sondern konzentriert sich allein auf die Ökologie. Wir alle wissen, dass die Ökonomie für eine erfolgreiche Entwicklung genauso wichtig ist. Außerdem finden wir es ein bisschen zu einfach, die Staatsregierung nur aufzufordern, dass sie ein neues Konzept vorlegen soll. Wir alle wissen, was bei der Staatsregierung herauskommt, wenn sie ein neues LEP vorlegt. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir schon selber mitarbeiten müssen. Wir müssen die Bürgerbeteiligung endlich ernst nehmen und die Bürger in diesen Prozess einbeziehen. Wenn wir die Bürger an einem Dialogverfahren beteiligen, haben wir die Chance, dass wir uns gemeinsam auf Prioritäten einigen, dass wir gemeinsam mit den Bürgern Schwerpunkte bei der Infrastruktur setzen. Das hätte vielleicht den charmanten Nebeneffekt, dass es weniger Bürgerinitiativen gegen irgendwelche Projekte gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Region Hannover hat mit einem solchen Dialogprozess gute Erfahrungen gemacht. Dieser Dialogprozess hat noch unter einem CDU-Ministerpräsidenten stattgefunden, nur damit Sie nicht gleich wieder Probleme sehen. Wir möchten auch in Bayern einen Dialogprozess zum LEP in Gang setzen, weil das LEP sowieso in einigen Punkten geändert werden soll. Wir müssen deutlich machen, dass Minister Söder gerade momentan die Beteiligungsrechte der Verbände einschränkt, statt sie auszuweiten. Der Entwurf dazu befindet sich gerade in der Verbändeanhörung. Wir halten das für den genau falschen Weg. Wir brauchen mehr Beteiligung im Vorfeld, um nicht hinterher Probleme mit den Bürgern zu bekommen. In

diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns aus den genannten Gründen enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Karl. - Für die CSU-Fraktion hat sich Kollege Nussel gemeldet.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wiederholt habe ich die Ehre, zum Landesentwicklungsprogramm sprechen zu dürfen. Ich kann heute nichts anderes sagen als das, was ich vor vier Wochen gesagt habe. Eines verwundert mich aber schon: Mir kommt es so vor, dass wir hier statt über das Landesentwicklungsprogramm über ein Umweltprogramm sprechen, das von den GRÜNEN für unsere Landesplanung eingefordert wird.

Sie stellen Entwicklungen, die unser Land geprägt haben – Frau Karl hat es richtigerweise angesprochen –, verzerrt dar. Sie stellen Entwicklungen verzerrt dar, die unser Land wirtschaftlich geprägt und dazu beigetragen haben, dass wir in unserem Freistaat Bayern diesen Wohlstand haben. Natürlich müssen wir aufpassen, dass wir die Metropolen nicht überhitzen. Wir müssen auch aufpassen, dass wir bestimmten Räumen, speziell dem ländlichen Raum, die Chance geben mitzukommen. Deswegen verstehe ich Ihre Anträge nicht.

Erst 2013 wurde über das Landesentwicklungsprogramm diskutiert. Das war vor meiner Zeit. Damals wurde das neue Landesentwicklungsprogramm auf den Weg gebracht. Vor sechs bis acht Wochen haben Sie beantragt, dass der Minister hier berichten soll. Das hat er getan. Ich weiß nicht, ob Sie dem, was er hier zu diesen Themen ausgeführt hat, zugehört haben. Er hat ganz klar gesagt, wie die Staatsregierung vorgehen wird. Das ist der richtige Weg, um unser Land weiterzuentwickeln, um mit der Änderung von Regionalplänen den Kommunen die Möglichkeit zu geben, auf die Bedürfnisse unserer Bürger zu reagieren, aber auch zu agieren. Der Wettbewerb unter

den Kommunen ist nicht immer nur schlecht. Das muss man auch einmal sagen. Gut ist auch, wenn eine Verteilung stattfindet.

Herr Kollege Stümpfig, zum Industriestandort "InterFranken" kann man geteilter Meinung sein, ob er ein Erfolg war oder nicht. Genau solche Entwicklungen müssen wir aber im Blick haben und wissen, welche Planungen wir zulassen. Gerade unsere Staatsregierung und unser Minister haben in Kronach dieses Vorhaben nicht zugelassen. Das haben Sie heute nicht gesagt. Das haben Sie nicht positiv bewertet. Sie sagen immer nur das, was aus Ihrer Sicht schlecht oder unzutreffend ist. Ich bin der Meinung – ich meine, auch ein Großteil unserer Bevölkerung denkt so -, dass das, was in den letzten Jahrzehnten in unserem Freistaat geschaffen worden ist, womit wir uns versorgen können, wohin die Bürger fahren können, zielgerichtet ist. Wir wissen sehr wohl, dass die Innenstädte sich erneuern müssen. Dabei ist auch die Kommunalpolitik gefordert. Ich erlebe es in diesem Haus seit eineinhalb Jahren, dass Abgeordnete, die auch daheim in Stadträten und Gemeinderäten Verantwortung haben, hier andere Ausführungen machen als zu Hause. Herr Rinderspacher, das muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das fällt uns auch oft auf! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr macht es genauso zwischen Bayern und Berlin!)

– Herr Aiwanger, man sollte in allen Parteien darüber nachdenken, was man hier von sich gibt. – Ich halte es schon für richtig, dass wir unser Infrastrukturnetz in die Betrachtung einbeziehen – das macht unser Minister auch –, dass wir versuchen, dort, wo Autobahnausfahrten oder größere Knotenpunkte liegen, kommunal übergreifende Entwicklungen stattfinden zu lassen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wenn ich am Ende bin!

(Florian von Brunn (SPD): Das sind Sie doch jetzt schon!)

– Auf so einen Einwurf werde ich nicht antworten. - Ich möchte noch einmal auf die Innenstädte zurückkommen. Wie wir die Innenstädte verstärkt unterstützen können, wird für uns alle eine spannende Aufgabe sein. Darüber müssen wir einmal nachdenken, und wir müssen über den Tellerrand hinausblicken. Wir müssen die Innenstädte stärken, wenn dort Unternehmer, Gewerbetreibende und Einzelhandelsbetriebe investieren wollen. Wir müssen Wohnraum, aber auch Arbeitsplätze schaffen. Ich habe mir heute die Diskussion über den Mindestlohn angehört. Dazu gehört auch die Verantwortung für die Arbeitsplätze. Auch dafür haben wir die Verantwortung. Wir müssen wieder Arbeitsplätze in die Innenstädte bringen. Deswegen fordere ich Sie auf, daran mitzuarbeiten. Es reicht nicht, ein Umweltprogramm vorzulegen, dem wir nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): So ist es!)

Ich fordere Sie auf, daran mitzuarbeiten. Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich möchte auch einmal einen Vergleich mit dem anstellen, was seit der letzten Wahl in Baden-Württemberg passiert ist. Schauen Sie doch hinüber, wie viele dort abwandern. Was ist denn dort los? – Keiner kann sich dort mehr auf Aussagen der Politik verlassen.

(Florian von Brunn (SPD): Genauso wie in Bayern auf Aussagen von Horst Seehofer!)

Bayern ist deswegen so stark, weil wir eine verlässliche Politik machen. 2013 wurde in diesem Hohen Haus das Landesentwicklungsprogramm fortgeschrieben. Dabei sollten wir es belassen. Deswegen lehnen wir die beiden Anträge ab.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Über Siemens sprechen Sie nicht?)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Nussel, Sie kommen aus der Landwirtschaft. Deshalb meine klare Frage: Mittlerweile sind wir nicht nur bei 18 Hektar, sondern bei 23 Hektar, die wir täglich verbrauchen, die wir täglich betonieren. Das muss doch auch für Sie ein Affront sein. Sie müssen doch auch sagen: Das kann nicht sein, wenn wir 10.000 Hektar freie Gewerbeflächen in Bayern haben; trotzdem weisen wir immer mehr aus; immer mehr Fläche verschwindet unter Asphalt. Wann hört diese Entwicklung endlich auf? Ich glaube, Sie sind immer noch aktiver Landwirt. Setzen Sie sich dafür ein, dass unsere wertvollen Böden nicht unter dem Asphalt verschwinden!

Meine zweite Frage bezieht sich auf Folgendes: Der Städtetag sagt ganz klar, dass er eine Lockerung des Anbindegebotes auf gar keinen Fall will. Die bestehende Regelung ist vollkommen ausreichend. Es wäre eher so, dass wir hier ein Gegensteuern brauchen. Noch vor einigen Jahrzehnten war es durchaus sinnvoll, sich hier zu entwickeln. Die Zukunft sieht doch aber anders aus. Wir brauchen andere Modelle, um darauf zu reagieren. Wenn wir unsere Umwelt erhalten möchten, dann können wir doch nicht die Modelle aus den Siebzigerjahren immer weiterführen. Wir können doch nicht weiterhin sagen: Das war einmal richtig, deshalb geradeaus, Kopf in den Sand, wir brauchen Wachstum, Wachstum, Wachstum. – Das kann nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, dass wir den Kopf nicht in den Sand stecken, haben Sie heute bei der Diskussion schon erleben können. Das ist das eine. Nun zum Städtetag: Ja, es gibt aber auch einen Gemeindetag und einen Landkreistag, und da gibt es eben auch unterschiedliche Meinungen. Wir müssen für eine Richtung sorgen und dabei versuchen, alle mit ins Boot zu bringen.

Zum Thema Landverbrauch: Da müssen Sie schon auch einmal aufzählen, Herr Kollege Stümpfig, welchen Landverbrauch wir für die Infrastrukturmaßnahmen haben. Schielen sie nicht nur aufs Gewerbe. Bedenken Sie, was wir für den Autobahnausbau,

für die ICE-Strecken, für die S-Bahn benötigen, um die Infrastruktur aufrechtzuerhalten, damit wir unser Land versorgen können.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Claudia Stamm (GRÜNE): Ja genau, für die Autobahn!)

- Frau Stamm, auch Sie müssen bitte zur Kenntnis nehmen: Nur mit einem Umweltprogramm werden wir Bayern nicht vorwärtsbringen können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Nussel. - Für die FREIEN WÄHLER hat sich jetzt Herr Alexander Muthmann gemeldet. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir sind mit dem Landesentwicklungsprogramm nicht zufrieden. So wie es jetzt verabschiedet ist, ist es weitgehend nicht wirksam, weil es in großen Teilen sehr unverbindlich und vage bleibt.

(Erwin Huber (CSU): Schlecht ist es nicht!)

Das letzte Landesentwicklungsprogramm hatte immerhin noch Leitplanken, die wir brauchen. Wenn wir jetzt über Verbesserungen des Landesentwicklungsprogramms reden - und die beiden Anträge befassen sich damit -, dann muss man sich klarmachen, was das Landesentwicklungsprogramm leisten kann und was es leisten muss. Natürlich ist es ein überörtliches Programm. Es muss auch ein übergeordnetes Programm sein. Vor allem aber muss es ein überfachliches Programm sein, das alle Aspekte der Landesplanung und der Landesentwicklung zusammenführt, damit es in vielen Bereichen zu einem Ausgleich kommt.

Aus diesem Grund ist der Antrag der GRÜNEN, lieber Herr Kollege Stümpfig, schon allein systemisch falsch, weil er postuliert, dass das oberste Ziel die Einbettung klimafreundlicher Konzepte sein muss. Natürlich ist das Thema Klima wesentlich. Man kann

eine überfachliche Aufgabenstellung aber nicht ausschließlich an einem fachlichen Ziel ausrichten und dieses Ziel so priorisieren, dass alle anderen Ziele nachzuordnen oder unterzuordnen sind. Aus diesem Grund können wir diesem Antrag unsere Stimme nicht geben; wir können ihn nicht unterstützen. Er ist zu sehr auf das Thema Klima ausgerichtet.

Anders sieht es hinsichtlich des SPD-Antrags aus. Den wollen und können wir durchaus unterstützen, obgleich auch bei ihm einige Fragen offenbleiben. Es ist richtig, bezüglich der zentralen Orte muss das Landesentwicklungsprogramm noch einmal überarbeitet werden. Das hat die Staatsregierung zugesagt, und das hat der Landtag in Auftrag gegeben. Dieser Aspekt ist völlig ausgespart worden, obwohl das der Landtag schon in der 15. Legislaturperiode in Auftrag gegeben hat. Auch in der 16. Legislaturperiode ist in dieser Frage nichts geschehen. In dieser Legislaturperiode warten wir nun schon seit eineinhalb Jahren auf eine Vorlage im Hinblick auf eine Überarbeitung der zentralen Orte.

Eine vernünftige Landesplanung ist ohne die zentralen Orte nicht möglich. Im Gutachten des viel gescholtenen Zukunftsrates waren viele Dinge falsch, weshalb das Gutachten zu Recht wieder eingepackt wurde. Es hatte aber einen richtigen Ansatz: Eine Landesentwicklung muss Versorgungsaufgaben für größere und kleinere Regionen über zentrale Orte organisieren, nicht über sieben, wie das der Zukunftsrat machen wollte, sondern über drei Ebenen, nämlich die der Grund-, Mittel- und Oberzentren. Man muss auch deutlich zum Ausdruck bringen, was diese Orte unterschiedlicher Bedeutung zu leisten haben, was sie zu erbringen haben und vor allem, wie der Staat die Aufgabenerfüllung der zentralen Orte sicherstellen oder doch zumindest unterstützen will.

Die SPD schlägt im Vorfeld dieser Überarbeitung ein Dialogverfahren vor. Das ist wohl ein Ergebnis aus dem Dialogverfahren im Zusammenhang mit der Energiewende. Sei‘s drum! Wir halten die hier gestellten Fragen für wichtig. Das gilt insbesondere für

die Fragen nach den starken Wirtschaftsregionen und den gleichwertigen Lebensbedingungen in ganz Bayern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Fragen müssen noch einmal aufgeworfen werden, und das kann man nicht allein über die Frage nach klimafreundlichen Konzepten regeln. Da muss man auch andere, ebenfalls wichtige Aspekte und Prioritäten der Politik einbeziehen. Wir können deshalb dem Antrag der SPD durchaus unsere Zustimmung geben, auch wenn uns die eine oder andere Frage und der eine oder andere Aspekt fehlen. So sollte insbesondere im Dialogverfahren die Frage einer regionalen Entscheidungskompetenz stärker diskutiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Ich glaube nämlich, dass nicht alles im Landesentwicklungsprogramm und von München aus entschieden werden kann, auch nicht mit der Zustimmung des Landtags, die dafür erforderlich ist.

Wir müssen den einzelnen Regionen Möglichkeiten zur Entfaltung nach eigener Schwerpunktsetzung geben. Neben den genannten Aspekten sollte deswegen auch die Frage gestellt werden, wie wir die einzelnen Regionen darin unterstützen können, die von ihnen als richtig empfundenen Entwicklungen maßgeblich selbst zu steuern und in die Hand zu nehmen. Wie kann man das über ein Landesentwicklungsprogramm staatlicherseits unterstützen, aber auch über Regionalbudgets oder andere Aspekte? – Im Großen und Ganzen ist das aber der richtige Weg.

Richtig und wichtig ist bei beiden Anträgen, dass das derzeitige Landesentwicklungsprogramm völlig unzureichend ist. Es ist höchste Zeit, dass eine Überarbeitung im Hinblick auf die zentralen Orte als elementarer Bestandteil des Landesentwicklungsprogramms auf den Tisch kommt. Damit hat der Landtag die Staatsregierung bereits zweimal beauftragt. Ich bin gespannt, wann dieser Verpflichtung endlich Folge geleistet wird. Wir werden also dem SPD-Antrag zustimmen, müssen den Antrag der GRÜNEN aber aus den genannten Gründen ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Füracker das Wort. Bitte sehr.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, Herr Staatssekretär. Ich darf noch bekannt geben, dass die CSU zum SPD-Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Thematik hier mehrfach besprochen haben. Die GRÜNEN haben heute zwar einen Antrag gestellt; der Redner der GRÜNEN hat aber eigentlich über alles andere gesprochen, nur nicht zu seinem Antrag. Hauptsächlich ging es um die Frage des Anbindegebots und den daraus angeblich resultierenden zusätzlichen Flächenverbrauch.

Ich möchte ein paar Aspekte nennen, wie der Stand der Dinge eigentlich ist, und zur Versachlichung beitragen. Meine Damen und Herren, wir hatten in der letzten Legislaturperiode eine Gesamtfortschreibung des LEP. Wir haben es entbürokratisiert, wir haben es dereguliert. Worauf es uns ankommt: Wir haben es weiter kommunalisiert. Und wir haben seinen Umfang reduziert.

Aber wir haben auch etwas getan, was Ihnen eigentlich Freude machen müsste: Wir haben wesentliche Inhalte beibehalten, und wir haben stark gewichtet, was Sie heute von uns fordern; denn im bestehenden LEP gibt es ein eigenes Kapitel zum Thema Gleichwertigkeit und Nachhaltigkeit. Da ist zum Beispiel der Vorrang ökologischer Belange bei Nutzungskonflikten beschrieben, es gibt dort Festlegungen zum Ressourcenschutz, es gibt ein eigenes Kapitel zum demografischen Wandel. Unter anderem gibt es dort das sogenannte Vorhalteprinzip. Wir legen darauf Wert, dass Einrichtun-

gen, die der Grundversorgung dienen, flächendeckend in ganz Bayern vorhanden sind. Es gibt ein eigenes Kapitel zum Klimawandel. Dort gibt es Festlegungen zum Klimaschutz. Dort steht: Energieverbrauch reduzieren, Einsatz erneuerbarer Energien fördern. Es gibt Festlegungen zur Anpassung an den Klimawandel, zum Beispiel zum Erhalt klimarelevanter Freiflächen. Außerdem ziehen sich die Themen demografischer Wandel und Klimawandel praktisch wie ein roter Faden durch alle einschlägigen Kapitel im geltenden LEP 2013.

Meine Damen und Herren, wir setzen jetzt auch schon fleißig um. Wir haben hier im Saale über Behördenverlagerungen diskutiert, über die Fortentwicklung des Regionalmanagements, wofür wir die Mittel massiv aufgestockt haben. Es gibt einen Demografie-Leitfaden und Demografie-Modellprojekte in Bayern. Deswegen sind wir der vollen Überzeugung, dass das LEP 2013 nicht neu erfunden werden muss, sondern an der einen oder anderen Selle nachjustiert werden sollte. Das Ziel ist, die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Daher müssen wir darauf achten, was unsere Gemeinden und Kommunalpolitiker an Instrumenten brauchen, um vor Ort das umzusetzen, was zur Stärkung der jeweiligen Kommune notwendig ist. Deswegen haben wir geplant, den Raum mit besonderem Handlungsbedarf auszuweiten. Wir werden das gemeindescharf stellen. Mehr Gemeinden und Landkreise werden von erhöhten Fördermöglichkeiten profitieren. Und wir haben – Sie haben es angesprochen – als Aspekt tatsächlich wenige weitere Ausnahmen vom Anbindegebot vorgesehen.

Ich sage aus voller Überzeugung: Ich selbst bin seit 25 Jahren Gemeinderat in einer Gemeinde mit 2.300 Einwohnern. Ich, mein Gemeinderat, meine Kollegen, mein Bürgermeister vor Ort wissen wesentlich besser, was in der Gemeinde an Entwicklung notwendig und sinnvoll ist, als das der Bayerische Landtag überhaupt wissen kann.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen wollen wir mehr Entscheidungsbefugnis auf die kommunale Ebene delegieren. Was man dagegen haben kann, begreife ich bis zum heutigen Tag nicht.

Eine Ausnahme ist, dass wir an Autobahnausfahrten Gewerbe zulassen. Das ist doch nur sinnvoll; wir haben es mehrfach besprochen. Das heißt doch nicht, dass dort ein Gewerbegebiet entstehen muss. Das heißt doch nicht, dass dort Gewerbegebiete gegen geltendes Fachrecht im Umweltbereich genehmigt werden. Das heißt lediglich, dass es ermöglicht wird, falls notwendig, dort ein Gewerbegebiet auszuweisen. Die Notwendigkeit legt die Gemeinde mit dem Gemeinderat fest, möglicherweise unterstützt oder abgelehnt durch Bürgerentscheid vor Ort. Darüber brauchen wir uns hier im Bayerischen Landtag wirklich nicht den Kopf zu zerbrechen.

(Beifall bei der CSU)

Dass wir im Bereich des Einzelhandels ausdrücklich keine Veränderungen vornehmen, zeigt doch, dass uns die Innenortentwicklung maßgeblich am Herzen liegt. Aber dass es im gewerblich produzierenden Bereich auch Standorte im Innenort gibt, die aus verschiedensten Gründen nicht mehr geeignet sind, dass dort produziert wird und dass es für ortsansässige Firmen wichtig sein kann, in Ortsnähe an der bestehenden Autobahn anzusiedeln, liegt doch auf der Hand und ist jedem Kommunalpolitiker geläufig.

Damit keine Kannibalisierung innerhalb der kommunalen Familie entsteht, ermöglichen wir interkommunale Gewerbegebiete als Anreiz für die Kommunen, damit sie eben nicht aus Angst prophylaktisch Gewerbegebiete ausweisen müssen, dass, wenn doch mal jemand kommt, er nicht zum Nachbarn geht. Wenn es Bedarf gibt, können die Gemeinden sich zusammentun, interkommunal ein Gewerbegebiet ausweisen und dadurch die Konkurrenz um die Flächen minimieren.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Zum Schluss gerne. – Und deswegen sage ich Ihnen voraus, dass diese Möglichkeit, das Anbindegebot in diesen zwei Ausnahmefällen nicht mehr beachten zu müssen, den Kommunen einen großen Schub in der weiteren Entwicklung geben kann, die Situation vor Ort günstiger zu gestalten.

Ich sage das Gleiche wie Herr Nussel, meine Damen und Herren: Der Städtetag braucht das nicht abzulehnen; er sollte sich mal die Entwicklung an den Ausfallstraßen der Städte anschauen. Dort stehen die großen Einkaufsmärkte, dort stehen Supermärkte zuhauf – nicht in den Innenstädten, wie immer proklamiert wird. Die Städte sollten dem ländlichen Raum auch einmal etwas gönnen. Für keine Stadt ist es ein Problem, wenn sich ein Betrieb nach außen verlagern und segensreich im ländlichen Raum niederlassen würde. Davon profitieren die Menschen im ländlichen Raum. Qualifizierte Arbeitsplätze werden entstehen, die Sie offensichtlich verhindern wollen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Eines ist ganz interessant – ich habe die Debatte letztens ganz genau verfolgt –: Wenn wir im LEP zum Beispiel besonders schutzwürdige Natur- und Landschaftsbereiche definieren wollten, dann kommt die Kritik von den GRÜNEN in der Öffentlichkeit, dass das geradezu Blödsinn wäre. Ich verstehe manchmal die Welt nicht mehr. Heute kritisiert man, dass wir angeblich zu sehr Landschaft verplanen und zersiedeln würden; die Regelungen, die das verhindern sollen, kritisiert man aber auch. Deswegen glaube ich, dass die Veränderungen, die wir vornehmen wollen, sehr ausgewogen sind und auch passen.

Herr Muthmann, das Zentrale-Orte-System wird weiterentwickelt; Sie haben recht. Das Gutachten ist mit den Verbänden so weit besprochen, die Systematik ist erläutert und auch akzeptiert. Jetzt geht es darum, dass man, bevor man etwas vorschlägt, lieber mal vier Wochen länger darüber nachdenkt, damit es hier nicht wieder heißt, es sei ein Schnellschuss und alles sei verkehrt. Ich kenne die Argumente, die dann kommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In der letzten Legislaturperiode sollte es schon fertig sein!)

– Ich weiß, Herr Pohl, dass Sie gerne dazwischenrufen. Das beeindruckt mich in diesem Fall aber nicht.

Wir wollen auf jeden Fall – lassen Sie mich das betonen – neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen lassen. Dadurch entstehen auch im ländlichen Bereich attraktive Wohn- und Arbeitsbereiche. Wir wollen die Ballungsräume dadurch entlasten. Es ist wahr: Es muss nicht alles in den großen Städten stattfinden, Leben gibt es auch im ländlichen Raum. Davon sind wir zutiefst überzeugt.

(Beifall bei der CSU)

Der Ablauf ist geklärt: Wir werden diese Vorschläge zur Weiterentwicklung natürlich in Anhörungen mit den Verbänden besprechen müssen. Es wird auch Landtagsdebatten zu diesem Thema geben. Da können sich alle in gewohnter Weise einbringen und mitdiskutieren. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass auch das Ergebnis, das wir zum Schluss finden, eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, vor allen Dingen bei den kommunalpolitisch Verantwortlichen, finden wird.

In diesem Sinne sind die Anträge, denke ich, heute mehr als überflüssig, und deswegen empfehlen wir vonseiten der Staatsregierung deren Ablehnung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Damit zur Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Füracker, der angeblich überflüssige Antrag ist nach unserer Meinung gerade nicht überflüssig, und zwar aus verschiedenen Gründen. Sie haben gesagt, Sie haben in dem derzeit gültigen LEP nur zwei Ausnahmen gemacht. Die Ausnahmen vom Anbindegebot sind aber wirklich entscheidend. Deswegen die

Frage an Sie: Wir haben derzeit 10.000 Hektar frei verfügbare Gewerbefläche. In meinem Landkreis, dem Landkreis Ansbach, sehr ländlich strukturiert, haben wir 400 Hektar freie Gewerbeflächen. Die Unternehmen können sich wirklich aussuchen, wohin sie gehen möchten. Das einzige Manko ist vielleicht noch der Bahnanschluss. Aber das haben Sie in Ihrem Konzept auch nicht vorgesehen. Wir haben ausreichend Flächen. Jetzt passiert genau das, was ich beschrieben habe. 30 Euro pro Quadratmeter sind ein sehr niedriger Preis. Der geht immer mehr zurück, weil das Angebot einfach so unglaublich hoch ist.

Sie sprechen von einer Stärkung der Kommunen, machen aber – da werden wir uns wahrscheinlich nicht einigen – in der Praxis genau das Gegenteil, weil sich die Kommunen eine enorme Konkurrenz im Nachlaufen aufbauen, wer letztendlich den Zuschlag bekommt, welcher Gewerbebetrieb sich bei welcher Kommune ansiedelt.

Derzeit siedeln sich viele Logistikkonzerne an. Da ist der Mutterkonzern oftmals ganz woanders, und die Gewerbesteuereinnahmen sind nahezu null. Es gibt sehr wenige Arbeitsplätze, und von Ausbildungsplätzen brauchen wir gar nicht zu sprechen. In welche Richtung gehen wir hier also? Genau das kritisieren wir.

Es mag gut sein, dass das LEP ein Kapitel zum Ressourcenschutz enthält. Aber wir müssen uns die Praxis anschauen. Wir haben einen wahnsinnig hohen Flächenverbrauch. Da ist das Kapitel im LEP nicht das Papier wert, auf dem es steht.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Herr Stümpfig, ein ausgewiesenes, nicht bebautes Gewerbegebiet ist noch kein Flächenverbrauch. Solange dort Landwirtschaft stattfindet, ist das Land zwar statistisch verbraucht, weil es ein ausgewiesenes Gewerbegebiet ist; es ist aber nicht versiegelt. Nach wie vor ist es auch die Entscheidung des Landwirts, ob er für ein Gewerbegebiet eine Fläche zur Verfügung stellt. Das muss niemand machen.

Die prophylaktische Ausweisung von Gewerbegebieten ist entstanden, weil jeder, der ein Gewerbegebiet hat, glaubt, dass schon einmal jemand kommen wird. Genau das

wird in Zukunft nicht mehr passieren; denn wenn wir interkommunale Gewerbegebiete begünstigen, können die Gemeinden abwarten, bis jemand kommt, weil keiner mehr Angst zu haben braucht, dass er der Schnellste sein muss. Das kann man sich aufteilen und das Projekt gemeinsam stemmen. Bei Logistikunternehmen – das ist interessant – brauchen wir keine Veränderungen; denn im aktuellen LEP ist für Logistikunternehmen das Anbindegebot tatsächlich in der Weise geregelt, dass es an Autobahnausfahrten gilt. Da wird also keine Veränderung notwendig sein.

Deswegen sehe ich nicht, dass hier etwas Großes passiert. Ich glaube eher, man zieht anhand des Anbindegebots etwas hoch. Man möchte ein Schreckgespenst an die Wand malen. Ich habe eine andere Erlebniswelt. Ich bin in Bayern unterwegs und treffe einen Bürgermeister, der sagt: Ich hätte einen Unternehmer, der gerne in meine Gemeinde käme; ich habe aber auch eine Autobahnausfahrt, und da darf er nicht hin, weil das Anbindegebot bisher eine Ansiedlung sozusagen verhindert hat. Wo geht dann der Unternehmer hin? - In die nächste Stadt. Wollen wir im ländlichen Bereich wirklich eine solche Strukturentwicklung? – Ich meine: nein. Es geht um ein Ermöglichen im Sinne der Kommunen und der Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Meine Damen und Herren, ich darf kurz etwas zum weiteren Fahrplan sagen. Für die namentliche Abstimmung sind die 15 Minuten nicht ganz erreicht. Das wird aber demnächst der Fall sein. Deswegen schlage ich vor, dass wir die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes unterbrechen und zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12, zu denen es keine Aussprache gibt und über die nur noch abzustimmen ist, die Abstimmung durchführen. Anschließend folgt die namentliche Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag, und dann geht es mit den Tagesordnungspunkten 9 und 10 weiter.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Wir haben noch einen Dringlichkeitsantrag!)

– Nein, das war der letzte Dringlichkeitsantrag.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt komme ich zurück zu den beiden Dringlichkeitsanträgen zum Landesentwicklungsprogramm. Zur Abstimmung werden die Anträge wieder getrennt. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6435; das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Abstimmung erfolgt in einfacher Form. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Die Gegenstimmen! – CSU und FREIE WÄHLER. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/6453. Sind Sie mit einer Abstimmungszeit von drei Minuten einverstanden? – Ich höre allgemeine Zustimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15.36 bis 15.39 Uhr)

Ich komme nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden" auf Drucksache 17/6453. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 80 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden (Drucksache 17/6453)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael			
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. **Reichhart** Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	60	80	0